

Wozu braucht die Gesellschaft die Stadt?

Elisabeth Lichtenberger, Wien

Fragestellung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts leben 3 Mrd. Menschen, die Hälfte der Erdbevölkerung, in Städten. In diesem globalen Verstädterungsprozess nehmen Stadt und Gesellschaft in der westlichen Welt eine Sonderstellung ein. Nur hier vollziehen sich Vorgänge der Verstädterung und der Entstädterung synchron. Nur hier ist daher auch die Frage berechtigt: Wozu braucht die Gesellschaft die Stadt?

Mit der Beantwortung dieser Frage möchte ich auf einen grundsätzlichen Gesichtspunkt der geographischen Stadtforschung eingehen, nämlich auf die Abhängigkeit der Gesellschaft und der Stadt von den politischen Systemen. Die zentrale Leitfrage dabei lautet: Wird die Entwicklung von Gesellschaft und Stadt in Europa – wenngleich mit einem gewissen Abstand – der nordamerikanischen folgen?

Diese Frage ist aktuell, denn Amerika ist der Trendsetter im Kontext der Globalisierung der Ökonomie. Amerika erzeugt immer neue innovative Elemente, welche sich im Städtesystem weltweit ausbreiten: Wolkenkratzer, *Mega-Malls* und *Event-Cities*. Amerika ist der Trendsetter im Vorgang der Entstädterung, der Suburbanisierung und des *Urban Sprawl* sowie der *Gated Communities*. Seine Metropolen sind Problemfelder ersten Ranges durch das Entstehen von ethnischen Ghettoagglomerationen und zentralen Stadtwüsten, die Ausschließung der „*underclass*“ aus der Arbeitsgesellschaft und infolge einer breiten Palette von Erscheinungen der sozialen Desorganisation, d.h. von Obdachlosigkeit, Drogensucht und Kriminalität.

Vertreter der Konvergenz der Entwicklung berufen sich auf die Globalisierung der Technologien des Bauens, der Produktion, der Kommunikation und der Information. Sie

berufen sich weiters auf die Abfolge der Gesellschaftssysteme in der westlichen Welt – von der arbeitsteiligen Gesellschaft über die Konsumgesellschaft bis zur Freizeitgesellschaft –, und sie berufen sich auf die längst international gültigen Maßstäbe der Stadtplanung, insbesondere auf die Charta von Athen.

Welche Argumente stehen nun Verfechtern einer eigenständigen europäischen Entwicklung zur Verfügung? Es handelt sich im wesentlichen um drei Argumentationsstränge: An erster Stelle stehen die politischen Effekte des sozialen Wohlfahrtsstaats und des Munizipalsozialismus. Es geht um die kommunalen Aufgaben im öffentlichen Verkehr, im Spitals- und Schulwesen, im Wohnungsbau und in der Grünflächenpolitik. Es geht um die Basisideologie des sozialen Disparitätenausgleichs, der in Form von Antisegregationsstrategien bei der Eingliederung von sozioökonomisch marginalisierten Gruppen und neuerdings von Migranten seinen Niederschlag findet.

Das zweite Hauptargument besteht darin, dass in Europa der Raum bereits gegenwärtig eine knappe Ressource darstellt und im Verlauf des 21. Jahrhunderts mit zunehmendem Flächenbedarf und steigenden Bodenpreisen zu einer noch knapperen Ressource werden wird. Ein Recycling der physischen Kubatur – im 20. Jahrhundert bereits begonnen – wird zu einer im 21. Jahrhundert selbstverständlichen Aufgabe werden. Ein „Wegwerfen von Raum als ubiquitäre Ressource“ bei gleichzeitig enormer Energie- und Umweltvergeudung, wie sie im amerikanischen „Stadtland“ praktiziert werden, ist nicht möglich.

An dritter Stelle steht das Bündel von Argumenten, welches sich mit den Persistenzen in der baulichen Gestalt der europäischen Stadt beschäftigt, mit der Zentrale-Mitte-Konzeption, mit den institutionellen Organisationen und den tradierten Normen und Verhaltensweisen der Bevölkerung, mit den Querbezügen zur Urbanität und zur Funktion öffentlicher Räume.

Damit bin ich bereits mitten im Thema. Dem Standort Leipzig entsprechend, geht es jedoch nicht nur um die Effekte des Privatkapitalismus und der sozialen Wohlfahrtsstaa-

ten auf Stadt und Gesellschaft, sondern auch um das Erbe des Staatskapitalismus und die Transformation vom Staat zum Markt:

Meine Ausführungen zentrieren um zwei Gesichtspunkte:

- n das politische Leitbild von Stadt und städtischer Gesellschaft sowie
- n die neue Zuwanderung von Ausländern und die ethnische Segregation.

Das politische Leitbild von Stadt und städtischer Gesellschaft

Ich eröffne mit Nordamerika. Die Skyline von New York ist durch die Tragödie des 11. September 2001 in jedermanns Gedächtnis eingegraben. Le Corbusier hat von dieser Skyline von New York gesagt, dass sie „eine Katastrophe“ sei, aber „eine wunderbare Katastrophe“. Amerika hat den Wolkenkratzer erfunden, die Selbstdarstellung von privatkapitalistischen Unternehmen in der Stadt, welche in Konkurrenz zueinander stehen und sich in der Höhe überbieten wollen. Eine Gesamtkonzeption der dritten Dimension für die Stadt fehlt.

Blenden wir nach Europa hinüber, so ist an die Wohntürme in Italien zu erinnern, von denen sich in San Gimignano noch 15 an der Zahl erhalten haben. Sie sind Artefakte der Urbanisierung der feudalen Landbesitzer, die ihre Wohnform, das Turmhaus, schon im 10. Jahrhundert in die Städte gebracht haben. Hier sind sie zu Handelsherren und Bankiers geworden. Ihnen gehörte – analog zur griechischen Polis – das Umland. Florenz und Bologna hatten im 14. Jahrhundert etwa 300 Wohntürme, die ähnlich – ohne übergeordnete Konzeption – nebeneinander standen wie die Wolkenkratzer amerikanischer Städte. Die erstarkenden Stadtrepubliken erzwangen dann die Abtragung der Türme, von denen zahlreiche nahezu 100 m Höhe erreichten. Ein europäischer profaner Hochhausbau war damit zu Ende. Die dritte Dimension bestimmten weiterhin „die

Wolkenkratzer Gottes“, wie sie Le Corbusier genannt hat, die gotischen Kathedralen in der Stadtmitte.

Selbst der Absolutismus wagte es nicht, die vertikale Dimension der Stadt für sich zu beanspruchen. Er wählte die horizontale Breite als repräsentative Form. Frankreichs Städtebau entwarf den Stil des „*grand design*“. Zwar hat der Eiffelturm bei der Pariser Weltausstellung den ersten Akzent für die technischen Möglichkeiten des 19. Jahrhunderts in der Vertikalen gesetzt, doch hat sich bis herauf in die Nachkriegszeit an der ruhigen Skyline der europäischen Stadt nichts geändert. Zwei Weltkriege auf kontinentaleuropäischem Boden haben ökonomische Potentiale zerstört.

Erst in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts hat wiederum Paris – unter strikter Beibehaltung von kompakter Stadt und großem Stil – mit peripheren Wolkenkratzerpositionierungen – einschließlich von La Defense – europäische Maßstäbe für Städtebau und Stadtplanung gesetzt und gleichzeitig die Tradition der Stadtmitte als soziale Mitte bewahrt.

Nun ist New York nicht der Prototyp der amerikanischen Metropolen. Nichtsdestoweniger ist diese kosmopolitische Kapitale für die „Polarisierungstheorie“ der metropolitanen Gesellschaft Modell gestanden. Dieser Theorie gemäß muss sich die Schere zwischen dem vom Privatkapitalismus profitierenden Jet-set und der armen Grundsicht der Bevölkerung, welche im Wohnungs- und Schulwesen, hinsichtlich des Verkehrs und selbst in Sicherheitsfragen auf den öffentlichen Sektor angewiesen ist, zunehmend weiter öffnen. Dieses „sozialdarwinistische Gesetz“ der Polarisierungstheorie setzt freilich voraus, dass der öffentliche Sektor mit seinen sozialen und infrastrukturellen Einrichtungen die Standards der Privatwirtschaft nicht halten kann, sondern niedrigere anbietet, wie dies beim *social housing* und vor allem bei den *public schools* der Fall ist, da sozioökonomischer Disparitätenausgleich ideologisch unbekannt ist. Das Faktum des „neuen Analphabetismus“ belegt die enormen Unterschiede zwischen öffentlichem und privatem Schulwesen in erschreckender Weise. Die extensiven Schatteneffekte der

nordamerikanischen Skyline lassen sich statistisch belegen: Die Ausdehnung der ethnischen Ghettos nimmt mit der Zahl der Wolkenkratzer signifikant zu!

Die eindrucksvolle Skyline von New York verbirgt somit nicht nur eine extrem polarisierte Stadtgesellschaft, sondern sie verbirgt auch das antiurbane Leitbild der Gesellschaft. Dieses beruht auf der historisch-politischen Tatsache, dass das Vehikel der „bürgerlichen Stadtgemeinde“ und des „Stadtbürgers“ sowie die Prinzipien des aufgeklärten Absolutismus nicht aus Europa „importiert“ worden sind.

Seit Präsident Jefferson hat daher eine antiurbane Ideologie die politischen Entscheidungen geprägt. Als Indiz dafür möge die staatliche Garantie für die Hypothekarkredite von Einfamilienhäusern während der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre dienen. Diese gab den Startschuss für den Produktionszyklus von Suburbia mit Einfamilienhäusern im Verein mit der Autoindustrie und dem Autobahnbau. Politischer Liberalismus, ubiquitäre Bodenressourcen und der durch keine Restriktionen eingeschränkte Individualverkehr bildeten und bilden weitere Voraussetzungen.

Lutz Holzner hat mit Recht auf die politisch-ideologischen Unterschiede im Demokratieverständnis zwischen den USA und der BRD hingewiesen. Das Demokratieverständnis der USA wird getragen von der Selbstverantwortung des Bürgers, der das Recht auf Leben und Freiheit, auf persönliches Glück, Besitz und Privatsphäre für sich beansprucht. „Der gute Mann steht allein“ ist eine Basisphilosophie für die Person. Das „gute Haus steht allein“ lässt sich als Übertragung dieses Slogans in die Siedlungslandschaft von Suburbia formulieren. Anders als in Europa wurde die Stadt nicht zur sozialen Mitte der Gesellschaft.

Der Auszug der weißen Ober- und Mittelschichten aus der Kernstadt begann schon vor dem Ersten Weltkrieg; ab der Zwischenkriegszeit folgte die Industrie. Die Nachkriegszeit hat den Exodus des Geschäftslebens und der Büros gesehen. Zurückgeblieben sind urbane Wüsten und Megaghettos im Raum der einstigen Kernstädte.

Stadterneuerung, seit den 60er Jahren immer wieder in Schüben mit neuen Programmen beginnend, hat nur die großen Metropolen erreicht, jedoch keine Breitenwirkung erzielt. Ausnahmen bestehen – sie bestätigen die Regel.

Der staatliche Zensus des Jahres 2000 untermauert die folgende Feststellung: Die amerikanische Mittelschicht braucht die Stadt nicht mehr. Sie lebt in Suburbia. Von der enormen Mobilität der Bevölkerung getragen, bewegt sich die suburbane Aufschließungsmaschine hinein in den exurbanen Raum. Sie führt alle Einrichtungen, welche sie benötigt, mit sich bzw. schiebt sie vor sich her und vernetzt sie weiter: Arbeitsstätten, Schulen, Krankenhäuser, Sportplätze, Einkaufszentren und Vergnügungstätten.

Dem Zensus ist zu entnehmen, dass die Entwicklung nunmehr bereits von der Exurbanisierung getragen wird, d.h., dass der außermetropolitane Raum mit 27 Mio. Wohneinheiten dabei ist, die Kernstädte, auf welche nur mehr 32 Mio. Einheiten entfallen, einzuholen, was wenig mehr als einem Viertel des Wohnungsbestands entspricht, während 53 Mio. Wohneinheiten in den Suburbs registriert sind.

Der Begriff der Suburbanisierung wird auch für die europäische Stadtentwicklung verwendet. Eine Gleichsetzung des Vorgangs würde an grundsätzlichen Unterschieden vorbeigehen. Die amerikanische Suburbanisierung ist nämlich ein perfekt kapitalistischer, vom Immobilienmarkt, vom Renditedenken und von der Mobilität der amerikanischen Gesellschaft getragener Vorgang.

Das Einfamilienhaus ist der am besten vermarktete Konsumartikel der USA in einem ebenso perfekt vermarkteten Serviceumfeld. Es ist als gute Kapitalanlage im ökonomischen Denken fixiert und hat keine Funktion im Generationentransfer. Seine jeweilige Wahl entspricht dem Status im Lebenszyklus, dem beruflichen Prestige, dem Lebensstil und bei Familien der Qualität des Schulstandorts. Verglichen mit dem kontinentaleuropäischen, bisher überwiegend massiv gebauten Einfamilienhaus entspricht das amerikanische Einfamilienhaus mit seiner inzwischen auf 170 m² angestiegenen Durchschnittsfläche nur der Leichtestbauweise einer industriellen Massenproduktion. Es ist daher mit einem Durchschnittspreis von 108.000,- US-\$, d.h. mit zwei bis zweieinhalb Jahresein

kommen, von den Interessenten sehr billig zu erwerben. (Dies verglichen mit Europa, wo dafür zwischen fünf und zehn Jahreseinkommen erforderlich sind.)

Zum Bedingungsrahmen des amerikanischen Einfamilienhauses gehört überdies die extrem hohe Mobilität der Bevölkerung. 1999 wechselte ein Sechstel der amerikanischen Bevölkerung den Wohnstandort, der bei den Berufstätigen vom Arbeitsstandort bestimmt wird. Die Pendelwanderung zwischen beiden Standorten wird vom Auto dominiert. Dabei ist es zu dem für Europäer außerordentlich überraschenden Phänomen gekommen, dass in den letzten zwei Jahrzehnten der zeitliche Pendelaufwand von rund einer halben Stunde auf 20 Minuten abgenommen hat! Hierzu haben die Einbeziehung aller Arbeitsstätten in den Suburbanisierungsvorgang in Wechselwirkung mit dem starken Vordringen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt wesentlich beigetragen.

Staat und Wirtschaft wirken zusammen, um die suburbane Aufschließungsmaschine im Interesse der amerikanischen Wirtschaft in Gang zu halten. Einerseits ist das Einfamilienhaus mit einer Anzahlung von nur 5 % auch für untere Mittelschichten erschwinglich geworden, andererseits fördern die Steuernachlässe auf Hypotheken, welche mit deren Höhe zunehmen, die besser verdienenden Mittelschichten. Diese, den sozialen Wohlfahrtsstaaten Europas entgegengesetzte Strategie lässt sich statistisch belegen. Derart betrug 1999 das jährliche Durchschnittseinkommen der Hausbesitzer mit Hypotheken rund 60.000,- US-\$, das der Hausbesitzer ohne Hypotheken nur 28.000,- US-\$. Als jüngste Förderung ist die Kreditkartenaktion auf Hausbesitz anzusehen, welche auf den in den 90er Jahren im Durchschnitt um 177 % gestiegenen Hauspreisen beruht. Die höchste Wertsteigerung hatte mit 260 % Exurbia zu verzeichnen. Damit war eine Extensivierung der Aufschließung an der Peripherie des städtischen Felds verbunden, insofern als die Durchschnittsgröße der Grundstücke, von 0,33 acres (1 acre = 4.047 m²) in den Suburbs auf 0,75 acres in Exurbia angestiegen ist.

Der vom Immobilienmarkt und vom Renditedenken der Gesellschaft getragene Vorgang der Suburbanisierung und Exurbanisierung weist eine klare Logistik auf. Während in Europa Steuern auf Arbeitsleistung und Konsum eingehoben werden, beruhen die

Steuern der Communities in den USA, zu fast zwei Dritteln auf den Marktwerten von Haus- und Grundbesitz. Die sogenannte *real estate tax* wird in Abhängigkeit vom Marktwert der Häuser jährlich festgelegt und beträgt im Durchschnitt 1,5 % desselben. Je höher der durchschnittliche Wert der Eigenheime ist, desto mehr Aufwand kann in Hinblick auf die Qualität der Schulen bzw. des Polizeischutzes betrieben werden. Die Verknüpfung von Hauswert, Lokalsteuer und Schul- sowie Polizeiqualität entspricht dem gesellschaftlichen Leitbild von homogenen Nachbarschaften. Um den Kindern eine möglichst gute Ausbildung zu sichern, wird daher jede Familie denjenigen Suburb aufsuchen, den sie sich gerade noch leisten kann.

Mit der Immobilienökonomie ist ferner über Fonds die private Pensionsversicherung verknüpft. Dies erklärt auch das „immobilienmarktkonforme Verhalten“ der Mittelschichten, das Eigentumsdenken ebenso wie das „Mitwandern“ mit steigenden Boden- und Immobilienpreisen, während andererseits die „immobilen“ unteren Bevölkerungsteile in den abgewohnten Gebieten zurückbleiben, dort wo die Bodenpreise auf Null gefallen sind, es also keinen Markt mehr gibt.

Seit Ende der 80er Jahre wird aus Angst vor der Rattengefahr die verfallene Bausubstanz im Anschluss an die Downtown der Wolkenkratzer flächenhaft geräumt. Es sind riesige, ungenutzte Freiflächen entstanden, welche gelegentlich – wie in St. Louis – dem sozialen Wohnungsbau zugewiesen werden. Die physische Beseitigung des Slums wurde somit aus hygienischen Gründen Ende des 20. Jahrhunderts zu einer staatlich finanzierten Notwendigkeit. Die Beseitigung des gesellschaftlichen Slums ist ungelöst.

Im selben Zeitraum hat sich auch der Bedingungsrahmen an der urbanen Siedlungsfreigrenze verändert. Die schleichende Reduzierung der Zahl der Familien auf nur wenig mehr als die Hälfte der Haushalte – bei einer komplementären Zunahme der Kleinhäuser – hat das Nachfrageprofil geändert. Die Bauwirtschaft reagierte mit einer Änderung der Bauformen, darunter *Gated Communities*, und den als *new urbanism* vermarktetten Condominiums in niedrigen, an kleinstädtischen Vorbildern orientierten Reihen-

hausanlagen und Geschossbauten. Es handelt sich nicht um eine Rückkehr zur „Stadt“, sondern um eine neue Variante von „Suburbia“.

Privatkapitalismus und Staatskapitalismus bieten ein Kontrastprogramm für das Leitbild der Stadt und für die städtische Gesellschaft. Konträr zu Nordamerika benützte der ehemalige Staatskapitalismus die Stadt als Kontroll- und Steuerungsorgan seiner zentralistisch-hierarchischen Organisation, mit dem Argument, dass nur in der Stadt der „Fortschritt“ zur klassenlosen sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden kann. Die zentralistische Planwirtschaft reglementierte die Bodenpolitik, die Wohnungspolitik und die Wirtschaftspolitik. Durch die Verstaatlichung von Grund und Boden wurde einerseits das Hindernis, welches Privateigentum für eine umfassende Planung darstellt, ausgeschaltet und andererseits auf eines der mächtigsten Instrumente der Bildung von Kapital – nämlich mittels Bodenspekulation und steigenden Bodenpreisen – verzichtet.

Gleichzeitig wurde den Munizipalbehörden das Danaergeschenk des verstaatlichten Mietshausbesitzes übergeben, für den aufgrund der „sozialen Mieten“ die Mittel für die Erhaltung fehlten.

Dem großzügigen Umgang mit dem suburbanen Raum im nordamerikanischen Liberalismus entsprach ein großzügiger Umgang mit dem Stadtraum im Staatskapitalismus. Sowohl bei der Gesamtfläche einer Stadt als auch bei der Ausgrenzung von Nutzungen wurden stets Reserven einkalkuliert. Mittels extensiver Eingemeindungen betrieb man eine Vorsorgepolitik für künftiges Stadtwachstum. Diesem großzügigen Umgang mit Stadtfläche für staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen stand jedoch andererseits eine äußerst sparsame Zuweisung von Wohnfläche an den einzelnen Haushalt gegenüber. Der private Raum unterlag insgesamt einem Minimierungsprinzip. Auch diese Aussage lässt sich im Privatkapitalismus umdrehen, wo dem öffentlichen Raum, wenn man vom Verkehrsraum absieht, geringe Bedeutung zugemessen wird.

Zentralistische Zuteilungsstrategien und kollektive Denkschemata erzeugten eine rigoros arbeitende Stadtplanung, welche von staatlichen Finanzaufteilungen und gesamtstaatlichen Planungsnormen abhängig war. Die Vorgaben für die sozialistische Stadt

lauteten: Eingemeindungen, die Errichtung von Prachtstraßen und Denkmalschutz im Stadtzentrum, U-Bahn-Bau, die Anlage von hierarchisch organisierten Großwohnanlagen und flächigen Industriearealen. Dem politischen System entsprachen massive Antisegregationsstrategien.

Eine Suburbanisierung im westlichen Sinne in Form der Privatisierung des Wohnens fehlte – sieht man von Polen und Ungarn ab – bzw. wurde nur in Form des Zweitwohnungswesens toleriert, welches freilich eine flächenbeherrschende Bedeutung im Stadtumland erlangen konnte.

Nur in den Großstädten war der Aufstieg über Bildung und der Zugang zum Kader der Funktionäre möglich. Dementsprechend besaß die Großstadtwanderung absolute Dominanz.

Grundsätzlich hat sich im Postsozialismus an dieser Stadtwanderung nichts geändert, jedoch hat die Transformation vom Plan zum Markt aufgrund der Liberalisierung des Immobilienmarkts und des Rückbaus des geschützten Wohnungs- und Arbeitsmarkts eine Bottom-up-Destabilisierung der Gesellschaft gebracht. Dies nicht nur dort, wo die schlagartige Entindustrialisierung eine sehr hohe Arbeitslosigkeit bewirkt, sondern besonders in den Metropolen selbst, obwohl diese als neue Zentren des internationalen Finanzkapitals und ausländischer Unternehmen den Verlust an Arbeitsplätzen kompensieren können.

Es ist erschreckend feststellen zu müssen, dass sich die Polarisierungstheorie der amerikanischen Stadtforschung als zutreffend erweist. Sehr rasch ist eine neue plutokratische Oberschicht entstanden. Sie wächst zügig weiter, während andererseits die Hälfte der Gesellschaft, aus der kargen Sicherheit der Existenz entlassen, mit einer neuen Armut konfrontiert wird, aber auch mit einem Kriminalitätssyndrom, vor dem sich die „Besitzenden“ durch *Gating*, ebenfalls analog zu Amerika, zu schützen versuchen.

Das Leitbild der europäischen Stadt in den sozialen Wohlfahrtsstaaten Europas lässt sich nicht auf derart einfache Aussagensysteme reduzieren, wie sie für die Vereinigten Staaten und die postsozialistischen Länder gemacht wurden. Das „Entweder-Oder“ von

Stadt und Suburbia, von Stadterneuerung und Stadterweiterung ist durch ein „Sowohl-Als-auch“ gekennzeichnet. Es umgreift sämtliche Bereiche. In kurzfristigem Wechsel, aber auch synchron, wurden – entweder oder bzw. sowohl als auch – öffentliche Verkehrsmittel und Autobahnen, Fußgängerzonen und Parkhäuser, Großwohnanlagen und Reihenhäuser gebaut; dies freilich mit sehr beachtlichen historisch begründeten Nord-Süd- und West-Ost-Unterschieden. Der Denkmalschutz hat über Europa hinweg die Erhaltung des historischen Kulturerbes legislativ verankert und eine Erneuerung der historischen Bausubstanz von Städten bewirkt.

Die kommerzielle großflächige Suburbanisierung nach dem nordamerikanischen Muster fehlt im Nachkriegseuropa. Es erfolgte vielmehr in weiten Teilen Europas, darunter in Frankreich, in Ostmitteleuropa und Südosteuropa, eine chaotische Urbanisierung in Form von spontanen Kleinaufschließungen mit Einzelparzellen und vielfach unter Einsatz einer Selbstbauweise von Einfamilienhäusern. Beide Phänomene sind in Nordamerika unbekannt. Die kleinzügige territoriale Landkarte der Gemeindeautonomie fördert die kleinzügige Aufschließung und Verbauung. Phänomene der Unternutzung, der Extensivierung und des Brachfallens von Flächen sowie des Leerstehens von Objekten werden sehr rasch wahrgenommen und führen zu Gegenreaktionen von seiten der Behörden und der Bevölkerung.

Eine Besonderheit Europas bildet das Zweitwohnungswesen. Von der Villa des Römischen Reichs führt die Entwicklung herauf zur toskanischen Villa der Renaissance über die Sommerschlösser des kontinentaleuropäischen Adels in der Barockzeit bis zu den Landhäusern der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert. In der Nachkriegszeit wurde durch den lange Zeit in mehreren Staaten praktizierten Mieterschutz sowie die Niedrigmietenpolitik und den staatlichen Wohnungsbau in den sozialistischen Ländern die Doppelung der Wohnstandorte mit der Arbeitswohnung im städtischen Mietshaus und dem Freizeitwohnsitz im ländlichen Raum (Datscha) mitsubventioniert.

Inzwischen hat sich das schichtenübergreifende Massenphänomen des „Lebens in zwei Gesellschaften“ als neuer Lebensstil vom politischen Bedingungsrahmen emanzi-

piert und ist im Sozialprestige und in den individuellen Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten verankert worden. Die Zweitwohnsitzperipherie um die großen Städte kann als das europäische Pendant zur Exurbanisierung in Nordamerika aufgefasst werden. Westdeutschland bezieht eine Übergangsposition.

Die Suburbanisierung der Wirtschaftsbetriebe ist bislang über eine partielle Suburbanisierung nicht hinausgekommen.

Die neue Zuwanderung von Ausländern und die ethnische Segregation

Die Zukunft von Gesellschaft und Stadt in der westlichen Welt ist einerseits vorprogrammiert durch den Alterungsprozess und die fehlende Reproduktionskraft der jeweiligen „inländischen“ Bevölkerung, und sie ist andererseits ungewiss hinsichtlich des Ausmaßes und der Herkunft der kontinentalen und interkontinentalen Zuwanderung von ausländischer Bevölkerung sowie deren Akkulturation und Integration.

Nordamerika ist der Modellfall für ein Einwanderungsland. Dort hatten die Städte bis herauf ins 20. Jahrhundert die Funktion, die Zuwanderer in den „*American way of life*“ einzuführen und zu integrieren. Dies ist ihnen auch in Hinblick auf die europäischen Zuwanderer zum größeren Teil gelungen. Nicht gelungen ist es ihnen beim Binnenwanderungsprozess der ursprünglich als Sklaven in den Plantagen des Südens arbeitenden Afroamerikaner.

Die heutigen Megaghettos der Afroamerikaner, welche für die andersfarbige Bevölkerung ein Niemandsland darstellen, gehen in ihren Anfängen, wie heute vergessen ist, auf staatliche Flächenausweisungen zurück, welche bis 1917 in Kraft waren. Bis 1948 war beim Verkauf von Land eine Erklärung erforderlich, dass dieser Verkauf an Weiße erfolgt. Bis 1949 hat auch die Zentralregierung die Wohnsegregation unterstützt. Erst 1964 verlangte das Civil-Rights-Gesetz eine „*Equal Employment Opportunity Commission*“. Sie konnte sich jedoch nur auf den öffentlichen Arbeitsmarkt auswirken, so z. B.

auf State Universities, State Hospitals usw. In diesem öffentlichen Sektor besteht bis heute die beste Aufstiegsschiene für Afroamerikaner. Die Parallele zu den über Bildung vermittelten Aufstiegschancen in der ständischen Gesellschaft im aufgeklärten Absolutismus Europas liegt nahe.

Für den Fortbestand und die Ausweitung der heutigen Megaghetts sind zwei Faktoren verantwortlich zu machen: erstens die Ablehnung des Konnubiums durch die weiße Bevölkerung der USA, die sich damit von derjenigen Lateinamerikas unterscheidet, und zweitens die ethnischen Diskriminierungsmechanismen des Immobilienmarktes.

Die Verschlechterung der Verhältnisse begann in den 60er Jahren mit der Suburbanisierung der afroamerikanischen Mittelschicht. Die in der Kernstadt Zurückgebliebenen verloren Eliten und Vorbilder. Die Spirale dreht sich seither kontinuierlich abwärts.

Im August 2001 war auf der Webpage des Weißen Hauses ein nationales Programm zur Verbesserung des staatlichen Volksschulwesens angekündigt. Dieses war das Ergebnis einer Enquete, welche den Nachweis erbrachte, dass 70 % der Kinder in der 4. Volksschulklasse der öffentlichen Schulen nicht lesen können. Damit wurde der Hintergrund der Entstehung einer „*underclass*“, deren Mitglieder keine Chance haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, offengelegt. Zwei Drittel der afroamerikanischen Jugendlichen in den Kernstadtghettos kennen niemanden in ihrer Familie oder Nachbarschaft, der je einer Arbeit nachgegangen ist.

Neue Zuwanderungswellen nach dem Zweiten Weltkrieg haben Asiaten, vor allem Vietnamesen, aber auch Inder und Filipinos in die Kernstädte gebracht. Diese haben sich in weiteren kleineren Ghettos an das *black ghetto* angegliedert, sodass Ghettokonglomerate entstanden sind, deren Größe mit der in den Metropolen mit mehr als eineinhalb Mio. Einwohnern vorhandenen Zahl der Wolkenkratzer korreliert, sodass man bildlich von „Schatteneffekten der Skylines“ der Metropolen sprechen kann.

Von entscheidender Bedeutung ist allerdings die „neue“ Zuwanderung aus Lateinamerika geworden. Der Zensus 2000 registrierte in den USA 38 Mio. „Hispanics“. Diese lateinamerikanischen Zuwanderer bringen ihre Sprache und Kultur mit und haben in

unglaublich kurzer Zeit eine Zweiteilung der Vereinigten Staaten bewirkt, insofern als im Westen und in einem Südstreifen die Hispanics bereits nach der „*white population*“ die zweitstärkste Gruppe bilden. In den Counties längs der mexikanischen Grenze und in einzelnen Counties von Florida besitzen sie bereits die Mehrheit. Auf der Homepage des Weißen Hauses kann inzwischen die spanische Sprache angeklickt werden.

In kurzer Zeit ist es den zumeist in größeren Familien auftretenden Hispanics gelungen, sich eine wesentlich bessere Position auf dem Immobilien- und dem Arbeitsmarkt zu verschaffen als die Afroamerikaner. Ihnen gehört bereits zum Teil das Wohlwollen der weißen Mittelschicht, die den einstigen Slogan, der auf mittel- und westeuropäische Immigranten angewandt wurde, „*they are more like us*“ nunmehr auf lateinamerikanische Zuwanderer übertragen. Die hispanischen Zuwanderer füllen die Lücken des Geburtendefizits der weißen Bevölkerung, sie bedeuten ein Bevölkerungswachstum. Ihre Zuwanderung richtet sich vor allem auf die Metropolen und bewirkt eine Belebung des Geschäftslebens der großen Städte. Los Angeles ist hierfür ein eindrucksvolles Beispiel, wo von den katholischen Hispanics kürzlich der Grundstein zur neuen großen Kathedrale gelegt wurde und die Downtown als Einkaufszentrum wiederbelebt worden ist. Es ist zu erwarten, dass auch in anderen Metropolen die hispanische Bevölkerung neue Akzente zur Wiederbelebung der Innenstädte setzen wird.

Derzeit ist es schwierig abzuschätzen, ob es den Hispanics in mittelfristiger Zukunft gelingen wird, ihre Sprache als Zweitsprache bei weiter anhaltender Zuwanderung und Kinderfreundlichkeit zu etablieren und damit eine neue Form eines bikulturellen Nebeneinanders zu schaffen. In der Weite des Raumes bewirkt diese hispanische Zuwanderung in die Metropolen bereits jetzt ein weiteres extensives Ausgreifen „weißer“ Bevölkerung hinaus in den ruralen Bereich, nach Exurbia.

In den europäischen Städten gab es vor einem Vierteljahrhundert noch kaum ethnische Viertel. Diese Aussage bedarf zu Beginn des 21. Jahrhunderts einer Revision. Eine neue Wanderungswelle hat auch Europa erreicht. Die europäische Zuwanderung hat freilich ein anderes Profil und andere Voraussetzungen als die Einwanderung in die

USA. Sie erfolgt überdies zu einem Zeitpunkt, zu dem eine europäische Identität fehlt und es kein Bekenntnis der Bürger „*we are all Europeans*“ gibt. Überdies mangelt es an einer einheitlichen Immigrationspolitik der EU-Staaten, und schließlich gewinnt eine Festungsmentalität immer wieder die Oberhand, wobei die einzelnen Nationalstaaten eine unterschiedliche Politik mit kurzfristig sich ändernden Zielen betreiben.

In Hinblick auf die Herkunft der „neuen“ Zuwanderer bestehen in Europa andere Nord-Süd-Probleme als in Amerika. Der „Halbmond des Islams“ bildet den südlichen Rahmen des Kulturkontinents Europas. Daraus ergibt sich das Faktum, dass durch die Migration aus ehemaligen Kolonien und die Zugehörigkeit der Türkei zur NATO ungefähr die Hälfte der rund 20 Mio. Ausländer in der EU bereits dem Islam angehört. Zum Unterschied von der ersten Gastarbeitergeneration und den Migranten aus den postsozialistischen Staaten sondern sich die Mitglieder des Islam sehr rasch durch die Errichtung kultureller Symbole und Institutionen von der aufnehmenden Bevölkerung und erreichen höhere Segregationsindizes als lokale Oberschichten. Eine breitere Akkomodation der muslimischen Zuwanderer ist derzeit nicht absehbar.

Es ist keine Frage, dass die Akzeptanz von vermutlich mittelfristig nur sehr mühsam zu akkulturierenden Ethnien zum Prüfstein der europäischen Demokratien werden wird.

Erschwert wird diese „Prüfung“ dadurch, dass sich die neue internationale Migration aus anderen Kulturräumen zu einer Zeit vollzieht, in der ein Rückbau des umfangreichen „*social overhead*“ in Sicht ist und sich die Bürger der sozialen Wohlfahrtsstaaten mit Sorge fragen, ob sie die knapper werdenden öffentlichen Güter und Dienste mit immer mehr ausländischen Zuwanderern werden teilen müssen. Die Ausländerfeindlichkeit hat in dieser Sorge eine wesentliche Wurzel und ist in allen europäischen Staaten zu finden.

In Hinblick auf die räumliche Verortung von islamischen Migranten sind derzeit zwei Strategien sichtbar, nämlich ein Hinausschieben in den suburbanen Raum, wie im Falle von Paris, bzw. eine Aufsplitterung in zahlreiche Standorte in Verbindung mit besonders massiven ethnischen Antisegregationsstrategien wie in Wien.

Mit beiden Strategien unterscheidet sich die europäische Stadtentwicklung doch ganz wesentlich von der nordamerikanischen, in welcher ein Munizipalsozialismus fehlt, der in Europa stets Antisegregationsstrategien auf seine Fahnen geschrieben und außerordentlich viel in die Chancengleichheit der Ausbildung und der Wohnverhältnisse von Migranten investiert hat und weiter investieren wird.

Unabhängig davon sind freilich aufgrund der unterschiedlichen zahlenmäßigen Bedeutung der spezifischen Ethnien und der Individualität der europäischen Metropolen keine europäischen, sondern nur individuelle, stadtspezifische, demokratische Lösungen möglich.

Literaturhinweise

BECKER, H. J., J. u. R. SANDER (1999): Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa. Wüstenrot Stiftung. Stuttgart, Zürich.

BENEVOLO, L. (1993): Die Geschichte der Stadt. 7. Aufl. Frankfurt am Main.

DÖRRENHAUS, F. (1976): Villa und Villeggiatura in der Toskana. Erdkundliches Wissen 44. Wiesbaden.

FREUND, B. (1999): Das Hochhaus – die dritte Dimension der Stadtmorphologie. Berliner Geogr. Arb. 90: 85–104.

GARREAU, J. (1992): Edge City . Life on the New Frontier. New York.

HALL, P. u. U. PFEIFFER (2000): Urban Future 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte. Stuttgart, München.

HÖLZNER, L. (1996): Stadtland USA: Die Kulturlandschaft des American Way of Life. Petermanns Geogr. Mitt., Ergänzungsheft 291. Gotha.

JUDD, D. R. (1995): The rise of the new walled cities. In: H. LIGGETT and D. C. PERRY (eds.): Spatial Practices: 144–166.

KOSTOF, S. (1992): Das Gesicht der Stadt. Geschichte städtischer Vielfalt. Frankfurt am Main.

LE CORBUSIER (1929): The City of Tomorrow. London.

LE CORBUSIER (1934): La ville radieuse. Boulogne.

LE CORBUSIER (1947): When the Cathedrals Were White. New York.

LICHTENBERGER, E. (1972): Die europäische Stadt – Wesen, Modelle, Probleme. Berichte zur Raumforschung und Raumplanung 16, 1: 3–25.

LICHTENBERGER, E. (1984): Die Stadtentwicklung in Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: W. RAUSCH (Hg.): Die Städte Mitteleuropas im 20. Jh. Linz: 1–40.

LICHTENBERGER, E. (1986): Zweitwohnungen im Stadtumland. Berliner Geogr. Arb., Sh. 4. Berlin.

LICHTENBERGER, E. (1989): Stadtentwicklung in Europa und Nordamerika – kritische Anmerkungen zur Konvergenztheorie. In: R. Heyer und M. Hommel (Hg.): Stadt und Kulturräum. Schöller-Festschrift. Bochumer GA 50, 1989: 113–129.

LICHTENBERGER, E. (1998): Stadtgeographie. Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse. 3. Aufl., Stuttgart, Leipzig (umfangreiches Literaturverzeichnis).

LICHTENBERGER, E. (2002): Die Stadt. Von der Polis zur Metropolis. Darmstadt.

SABELBERG, E. (1984): Regionale Stadttypen in Italien. Genese und heutige Struktur der toskanischen und sizilianischen Städte an den Beispielen Florenz, Siena, Catania und Agrigent. Wiesbaden.

SCHNEIDER-SLIWA, R. (1996): Kernstadtverfall und Modelle der Stadterneuerung in den USA. Berlin.

SHORT, J. R. (1996): The Urban Order. An Introduction to Cities, Culture and Power. Oxford, Mass.

WEBER, M. (1956) Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Hbd., 4. Aufl. Tübingen.